

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostfachsen

Gründungsjahr: 1913. Preis: 10 Pf. pro Einzelnummer. Vierteljahr 2,50 Pf. Halbjahr 5 Pf. Ein Jahresabonnement 10 Pf. (incl. Porto). **Verleger:** Die Redaktion, Berlin, Friedrichstraße 47. **Druck:** Die Redaktion, Berlin, Friedrichstraße 47. **Vertrieb:** Die Redaktion, Berlin, Friedrichstraße 47.

1. Jahrgang

Dienstag, 30. Juni 1925

Nummer 65

## Das Bündnis der deutsch-französischen Schwerindustrie

### Die Voraussetzung für die Annahme des Sicherheitspactes geschaffen

Berlin, den 30. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Völkische Zeitung“ berichtet am Montag abend aus Luxemburg und London, daß sich die deutschen und französischen Schwerindustriellen bei den Verhandlungen über die Bildung eines gemeinsamen Kohlen- und Eisenrabattes bereits in allen Hauptpunkten geeinigt hätten. Die Bedingungen seien folgende:

- 1. Frankreich dürfe jährlich 1,7 Millionen Tonnen Eisenerz aus Elze-Vorkommen, dem Saargebiet und Luxemburg nach Deutschland ausführen.
- 2. Die deutschen und französischen Schwerindustriellen behalten die volle Kontrolle über ihren heimischen Markt, doch heißt es münden sich im Inlande keine Konkurrenz.
- 3. Zur „Bearbeitung“ der auswärtigen Märkte und Wärfte wird ein deutsch-französisches Syndikat gebildet, das die betreffenden Vorkommen nach bestimmter Quote zwischen die Partner aufteilt.
- 4. Über diese Abgabekontrolle hinaus wird ein besonderes Syndikat zur Produktionskontrolle gebildet. Hierbei die Verwaltung von französischen Erz an die deutschen Hochöfen und von Kohle an die französischen Eisenwerke werden langfristige Verträge abgeschlossen. Dazu gehört auch noch, daß deutsche und

französische Industriellen sich gemeinsam an französischen und deutschen Unternehmungen beteiligen.

Die „Völkische Zeitung“ erklärt, daß „Daily Telegraph“ autoritativer Stelle über den endgültigen Abbruch auf Grund der genannten Bedingungen unterrichtet ist. Nach für Stabeiten, Halbjahre und Bleche seien entsprechende Abmachungen (nicht nur Kontingentierung des Abbaus, sondern auch der Produktion) zu erwarten. Zugleich wird erklärt, die von der französischen Regierung unternommenen Schritte in Richtung der Ruhräumung seien die Gegenprobe für viele Resultate und den Vertrauenshandlungen der Industriellen.

Damit bestätigt sich die von den Kommunisten eingenommene Stellung und oft wiederholte Erklärung zum ständemännlichen Inhalt und den Zweck des Ruhrkrieges. Nachdem die deutschen Industriellen den wirtschaftlichen Nutzen in der Tasche haben, wird der politische Post, die Annahme des Sicherheitspactes folgen.

Die Auswirkung dieser Verständigung der deutsch-französischen Schwerindustriellen bedeutet für die Arbeiterklasse neuer unerhörter Druck. Neues Maßnahmen steht dem Proletariat bevor. Bei der Niederbrennung des revolutionären um die nächsten Lebensbedingungen kämpfenden Arbeiter wird der Diktatorregierung die gepanzerte Faust der internationalen Imperialisten beihilflich sein. Dieses Bündnis der deutsch-französischen Ausbeuter muß bei der Arbeiterklasse Verwirrung durch den Föderalismus mit Sowjetrußland auslösen.

## Die Krise der Nationalisten

Die monarchistische Luther-Regierung und die Ministerpräsidenten der Länder haben Ende der Woche Beschlüsse gefaßt, die den Beginn einer neuen Etappe in der deutschen Außenpolitik bedeuten. Die Stellungnahme der Luther-Regierung zur französischen Antwortnote in der Sicherheitsfrage heißt: Bereitschaft zur bedingungslosen Unterwerfung. Sowohl in der Erklärung der Reichsregierung, wie in den Besprechungen der Länderminister zur Sicherheitsfrage wird kurz und bündig gesagt, daß die in der französischen Note vorgeschlagenen Verhandlungen zur Vorbereitung der endgültigen Stellungnahme sofort aufzunehmen sind. Daß die deutsche Regierung nicht die Kraft hat, gegenüber der Entente wichtige „nationale Belange“ durchzusetzen, ist hinlänglich bekannt. So reduziert sich denn die angekündigte Verhandlungsbereitschaft auf die einfache Formel der bedingungslosen Unterwerfung unter das neue Ententeediktat. Der Inhalt des Garantiepactes enthält nur Maßnahmen zumgunsten Deutschlands. Maßnahmen, die die übertragende Machtgewalt der Entente in Europa sichern. Der Garantiepact gewährt keine Revision der Disposition, die Rheinbelegung bleibt ebenso bestehen wie alle Bestimmungen über die Entwaflnung. Der Traum der nationalistischen Kleinbürger von einem französisch-englischen Zerwürfnis geht abermals nicht in Erfüllung. Kurzum, die Demagogie der nationalistischen Volksführer ist plöcklich schändlich entlarvt.

Die führenden Gruppen der deutschen Bourgeoisie denken natürlich nicht daran, sich den „vaterländischen“ Gemütsduselei ihre Geldtaste verberben zu lassen. Sie wissen, warum sie sich mit dem französisch-englischen Kapitalismus verbünden. Sie wissen, daß es für sie nur einen Ausweg gibt, das Bündnis mit dem europäischen Imperialismus. Die blöde nationalistische Phrasologie vom Revandierkrieg ist von der Schwerindustrie immer nur als Mittel zum Zweck benutzt worden. In Wirklichkeit hat diese Gesellschaft sich über die deutschnationalen Professoren und Oberlehrer nur lustig gemacht. Die deutschen Kapitalisten haben nur das eine Ziel, sich unter dem Protektorat des Entente-Imperialismus die Herrschaft über das deutsche Proletariat zu sichern. Für die Dividenden aus deutschen Kohलगruben, Fabriken und Eisenbahnen pleiten sie auf den ganzen Schmus von „nationaler Ehre und Würde“.

Nicht so die Millionen Frauen, Ungeheilteten, Beamten und Kleinbürger, die noch vor zwei Monaten den kaiserlichen Generalfeldmarschall zum Präsidenten der Republik erhoben haben. Diese Schichten der Bevölkerung haben den Besprechungen der Nationalisten Glauben geschenkt. Enttäuscht und erbittert über die völlige Unfähigkeit der sozialdemokratischen Führer, in Deutschland die Roten der breiten Massen zu lindern, angeführt von dem Korruptionsstieher der Demokratie, haben die Millionen Hindenburg-Wähler beim alten System Rettung gesucht. Die Vertreter dieses Systems haben ihre Anhänger natürlich nicht gewonnen mit Propaganda für Massensteuern, Verteuerung des Brotes und Jehntundentag. Das Kennzeichen der nationalistischen Propaganda war die Rettung Deutschlands aus den Fesseln des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung der nationalen Selbständigkeit. Innerhalb des Rahmens dieser Propaganda wurde die gesamte Axiomatik des Nationalismus heruntergeleiert. Hindenburg in der Uniform des kaiserlichen Generalfeldmarschalls, behangen mit waldelmirischen Auszeichnungen, war für das deutsche Kleinbürgertum das Symbol der Erfüllung aller nationalistischen Hoffnungen. Derselbe Hindenburg muß jetzt mit seinem Kabinett die Machtverhältnisse innerhalb Europas durch die Unterzeichnung des Sicherheitspactes anerkennen.

Der zur Macht gelangte deutschnationale Flügel der Bourgeoisie muß sich als Ergebnis seiner Politik neu orientieren. Die Schwendung der deutschnationalen ist naturgemäß verbunden mit einer tiefen Krise innerhalb der deutschnationalen Gesellschaft. Die Hindenburg-Wähler sind keineswegs einverstanden mit der gegenwärtigen Politik ihrer Führer. Seit Wochen befinden sich die Krosing-organisationen der Schwarz-weiß-roten in Opposition gegen die Politik der Luther-Regierung. Diese Opposition ist jetzt zur heftigen Rebellion entflammert. Der Stabp Strelemann wird gefordert. Die deutschnationalen Vorstehenden und Vorstände der Landesverbände Hamburg, Hannover, Danabrück, Oldenburg, Ostfriesland und Bremen haben einstimmig eine Entlassung gefordert, in der sie den Rücktritt Strelemanns wegen seiner fortgesetzten Wirksamkeit verlangen. Nicht nur in Norddeutschland ist die Opposition gegen die Luther-Regierung erhört.

Die Vereinigten Vaterländischen Verbände Bagerns treten erneut auf den Plan und wenden sich auf schärfste gegen die Entwaflnungsnote und den Sicherheitspact. Von der Luther-Regierung wird die alsbaldige Herbeiführung der Umgestaltung des Landes unter Blismens gefordert. Schließlich wird unverblümt ausgesprochen, daß die Regierung Luther-

## Vaterländische Aufwertungs-schwinder Enthüllungen im Aufwertungsausschuß des Reichstags

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages wurde am Sonnabend der Vorhang von einer ungeheuren Korruption weggerissen. Die sozialdemokratische Sozialkorruption bekommt in immer größerem Umfang ihre Ergänzung in der deutschnationalen Aufwertungs-korruption. An beiden Korruptionen gleichmäßig beteiligt ist die schwarz-rot-goldene Zentrumspartei. — Dem Anseh in diesen beiden Enthüllungen geben die vor dem Sozialdemokraten Welt am Montag gegen die deutschnationalen Aufwertungs-schwinder erhobenen Anklagen.

Der deutschnationale Abgeordnete Herzog und seine Koalitionsgesellen, die Herren Wanderski (Deutsche Volkspartei), Schetter (Zentrum) und Jost (Wirtschaftspartei) erklärten die heimliche Verkaufung als eine Verleumdung und verlangten ihre Zurücknahme. Darauf tritt der bekannte Dr. Welt auf den Plan. Dieser erklärt, nur die gegen ihn wegen Verhöhnung seines Mandats erhobenen Behauptungen hätten ihn zu einer öffentlichen Erklärung über die geheimen Pläne der deutschnationalen Aufwertungs-politik gezwungen. Bei allem der deutschnationale Antrag, betreffend die Aufwertung von Kaufgeldern, aber auch noch eine Reihe anderer Anträge der Regierungsparteien seien veranlaßt durch Privatinteressen der betreffenden Abgeordneten. Auf den Zusatz: „Kamen nennen“ macht Dr. Welt nunmehr folgende genaue Angaben über die Korruption im Lager der Regierungsparteien.

Dr. Welt erklärte:

- 1. Von der Schwelmer des Freiherrn v. Nithshofen, Freslau (des bekannten deutschnationalen Bandendruckers und Zolljüngers), habe er die Mitteilung erhalten, daß von Nithshofen ein Gut von 4 bis 5000 Rubelnoten im Werte von 10 Millionen Goldmark (einhalb Millionen) für 5 Millionen Papiermark gleich 150.000 Goldmark gekauft habe. Die Verkaufserzin, keine eigene Mutter, habe auf dem Gute eine Doppelte in Höhe von einer Million Papiermark (ein Drittel des Kaufpreises) stehen lassen. Dafür habe er ihr später 75 Tausend Tausend als Abfindung gegeben und er unterlasse die Mutter auch heute nur völlig ungenügend. v. Nithshofen habe ihm (Welt) selbst einen Brief geschrieben, worin er aber auf diese ähnlichen Feststellungen gar keine Antwort gegeben, sondern nur — seinen Schwager gemeiner Handlungen an einem Rubel behauptet habe.
- 2. Mehrfache Mitteilungen habe er (Welt) auch über andere Herren erhalten. Z. B. sei der deutschnationale Abgeordnete Kademader als Teilhaber an einer Bergwerksgesellschaft lebt in hohem Grade gegen die Aufwertung finanziell interessiert. Dr. Kademader ist führendes Mitglied der deutschnationalen Fraktion im Aufwertungsausschuß.)

3. Paul Wittelung der deutschnationalen Abgeordneten Steiniger sei die Frau des deutschnationalen Abgeordneten Oberhofen im Wert von einer halben Million Goldmark durch die Inhaftierungsaufwertung berührt.

1. Entsprechende Mitteilungen habe er (und ebenso auch der Zentrumsabgeordnete Koh) über den Zentrumsabgeordneten Dr. Schetter erhalten.

Kademader, der Herrin v. Nithshofen, Kademader, Oberhofen und Dr. Schetter gegenüber den gegen sie erhobenen schwersten Anklagen ihre lachenden Ausreden vorgebracht hatten, machten sie und ihre Parteigenossen sich mit dem gleichen unbedenklichen Jenseits wie bisher an ihre Arbeit, an die weitere Abwertung der von ihnen vor der Wahl den Inflationseparaten gegebenen Verpreisungen.

Der Ausschuss leitete hierbei Schnellarbeit. Die erste Sitzung der beiden Regierungsparteien und der über hundert dazu eingebrachten Währungsanträge wurde ohne viel Diskussion mit der üblichen Abstimmungsqualifikation zum Abschluß gebracht.

Die Kommunisten stellten zu 9/20 des Währungsabwertungsrechtes den Antrag, daß den armen und kleinen Kleinrentnern — denen, die als bedürftige Mitarbeiter weniger als insgesamt 1000 Mark Währliche gezahlt und die zum heutigen Tag in Händen behalten haben — (von der von den Regierungsparteien beschützten Kapitalisten) eine 100prozentige sofortige Abschreibung gemacht werden soll. Nur diesen Antrag erhob sich außer den Kommunisten keine Hand; auch die Sozialdemokraten regten keinen Antrag, um für viele Millionen der Armen einzutreten.

Dergleichen wurde von der realistischen Mehrheit einstimmig ein weiteres kommunistischer Antrag abgelehnt, der verlangte, daß der Ausschuss nunmehr nach Abschluß der ersten Sitzung der beiden Parteien eine neue sachliche Ausschreibung einbringen sollte über die dritte, ihm vom Plenum der Reichstages übermittelte Drucksache, die Kenntnis der Regierung über den Ausbau der Volkswirtschaft von Inflationseparaten. Natürlich wollen die bürgerlichen Parteien im Aufwertungsausschuß nicht über die von den Kommunisten beantragte konfiskatorische Verkürzung der Inflationseparaten der Kriegs- und Nachkriegszeit sprechen. Der wirkliche Zweck ihrer Arbeit im Aufwertungsausschuß besteht ja gerade umgekehrt darin, für die großen Kapitalisten des Bergwerks und damit zugleich auch für sich selbst, für die Bergwerksgesellschaften der deutschnationalen Herrn Kademader, für die Oberhofen des Herrn Oberhofen usw., dem Inflationserwerb in Sicherheit zu bringen!